UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 20. Oktober 1994
34/1994

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Koalition der Mitte ist bestätigt worden

Den deutlichen Vorsprung von 48,4 Prozent für die Koalition von CDU/CSU und FDP vor dem Oppositionsbündnis aus SPD und Grünen mit nur 43,7 Prozent hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, am 17. Oktober auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus hervorgehoben und die Mehrheit von zehn Mandaten für die Koalition der Mitte als „sehr gut regierungsfähig" bezeichnet.

Mit diesem Ergebnis könne man gut arbeiten, erklärte der Kanzler und erinnerte vorsorglich an Kommentare seiner Vorgänger im Amt zu Bundestagswahlen in den 70er Jahren, insbesondere an die lakonische Feststellung von Willy Brandt: Mehrheit ist Mehrheit.

Gemeinsame Pressekonferenz des Bundeskanzlers mit Bundesumweltminister Klaus Töpfer, den Ministerpräsidenten Berndt Seite und Bernhard Vogel sowie Generalsekretär Peter Hintze

Die Koalition der Mitte ist bestätigt worden, — und das nicht nur in den alten, sondern auch — was für die Union ganz besonders wichtig ist — in den neuen Bundesländern.

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

Bundestagswahl

Generalsekretär Peter Hintze: Helmut Kohl hat die zweite Deutschlandwahl gewonnen. Seite 3

Auslandsstimmen: Ein großer persönlicher Triumph für Helmut Kohl. Seite 5

Landtagswahlen

Klaus Töpfer: Wir hatten auch kräftigen Rückenwind aus Bonn. — Berndt Seite: In der Gemeinsamkeit liegt eine Chance für das Land. — Bernhard Vogel: Wir haben allen Grund zur Zufriedenheit. Seite 6—8

Wahlanalyse

Die Wiedervereinigung hat eine andere Wählerschaft hervorgebracht. Das Wahlergebnis und dessen wesentliche Bestimmungsgründe. Seite 11

Dokumentation

Die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. Vorläufiges amtliches Endergebnis. Grüner Teil.

(Fortsetzung von Seite 1)

Selbst wenn man das PDS-Ergebnis zu den Zahlen von SPD und Grünen hinzurechne, woran die Sozialdemokraten angeblich im Traum nicht denken, bliebe es bei der Mehrheit von CDU/CSU und FDP.

Stärkste Volkspartei geblieben

Helmut Kohl: „Wir sind die stärkste Volkspartei geblieben." Aber noch etwas sei der Union gelungen, weil sie mehr als andere dazu beigetragen habe: Die rechtsradikalen Republikaner sind nicht wieder ins Parlament gekommen, sondern zu einer bedeutungslosen Splitter-Partei geworden.

Sicherlich mit Stimmen aus dem Lager der Union sei die FDP wiederum im Deutschen Bundestag vertreten. Die anders lautenden Prognosen haben sich jedenfalls nicht erfüllt.

Erstklassiges Ergebnis der CSU

Ganz besonders wichtig: Die CSU hat ein erstklassiges Ergebnis erzielt. Er könne — so der Bundeskanzler — Theo Waigel dazu nur gratulieren. Mit mehr als 50 Prozent der Stimmen nur wenige Wochen nach einer ebenfalls sehr erfolgreichen Landtagswahl beweise die CSU ein hohes Maß an Stabilität.

Bundeskanzler Helmut Kohl: Ein herzliches Wort des Dankes

... an unsere Wähler, die uns in einer schwierigen Situation einmal mehr ihr Vertrauen geschenkt haben.

Ich will aber auch die vielen vielen Zehntausende aus der Partei hervorheben, die in diesem Wahlmarathon fortdauernd auf Straßen und Plätzen für uns und unsere Sache geworben haben.

Gelungener Wahlkampf

Ich will auch die Mitarbeiter draußen im Lande hervorheben, die Hauptamtlichen und allen voran die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konrad-Adenauer-Haus.

Wir können Peter Hintze und Hans-Joachim Reck, dem Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer, aus vollem Herzen für diesen gelungenen Wahlkampf gratulieren, für enormen Einsatz, für Ideenreichtum aber auch für die Hingabe zur Sache.

Helmut Kohl: Die deutsche Demokratie ist stabil

Von Politikverdrossenheit könne nach den Worten des Bundeskanzlers angesichts der hohen Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen keine Rede mehr sein.

Ebenso sei der Versuch, den Verfall der großen Volksparteien herbeizureden, nach dem Wahlergebnis vom Sonntag wenig überzeugend.

Helmut Kohl: Die deutsche Demokratie ist stabil. Auch das ist eines der wichtigen Ergebnisse des gestrigen Wahlsonntags für das Ansehen Deutschlands in der Welt.

Generalsekretär Peter Hintze:

Helmut Kohl hat die zweite Deutschlandwahl gewonnen

Die Union ist der eindeutige Sieger der Bundestagswahl. Die Wählerinnen und Wähler haben uns als führende politische Kraft im wiedervereinigten Deutschland bestätigt. Die Koalition der Mitte hat mit einem deutlichen Vorsprung von 40 Mandaten vor SPD und Grünen das Mandat zur Fortsetzung der Regierung erhalten. Dieser Erfolg ist das Ergebnis einer Politik, die zwölf gute Jahre in Deutschland ermöglicht hat. Diese Politik werden wir fortsetzen.

Der Sieg der Union ist zuallererst ein Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Bundestagswahl war in hohem Maße ein Plebiszit und ein Vertrauensbeweis für Helmut Kohl. Die Wählerinnen und Wähler haben dem Bundeskanzler nicht nur die größere Regierungskompetenz zugeschrieben, sondern auch die größere wirtschaftliche Kompetenz. Dies war wahlentscheidend. Denn die Menschen wollten das von ihnen Geleistete nicht durch unsichere Verhältnisse und politische Experimente gefährden lassen. Sie haben den Aufschwung gewählt.

Was die Mehrheit nicht wollte

Und noch eines wollte die große Mehrheit ebenfalls nicht: ein rot-grünes Bündnis in Abhängigkeit von der kommunistischen PDS. Die Ablehnung und Bekämpfung des Radikalismus von links und rechts durch die Union ist von den Wählern unterstützt worden. Es war daher richtig, frühzeitig und mit der notwendigen Deutlichkeit auf die Gefahr hinzuweisen, daß die SED-Nachfolgeorganisation PDS Einfluß auf die Regierungspolitik in Bonn bekommen könnte. Bezeichnend ist, daß in Ost-Berlin fast 20 Prozent der Wähler, die der SPD ihre Zweitstimme gegeben haben, mit der Erststimme den PDS-Kandidaten gewählt haben. Die SPD trägt mit dem Tabubruch von Magdeburg die Verantwortung für den Einzug der Kommunisten in den Bundestag.

SPD strebt Linksbündnis an

Es ist schamlos und entlarvend zugleich, wie die SPD die PDS in ihren Kalkulationen für die Zukunft mitrechnet. Macht sie damit doch deutlich, daß sie wie selbstverständlich die Kommunisten als Partner betrachtet. Das Linksbündnis ist längst Realität.

Mit unserer Wahlkampagne, die die Kanzlerentscheidung, die Aufschwungentscheidung und die Richtungsentscheidung als tragende thematische Säulen hatte, haben wir die positive Grundstimmung für die CDU in der Bevölkerung wesentlich mitgeprägt. Unser Dank gilt allen ehren- und hauptamtlichen Wahlkämpfern für ihren unermüdlichen Einsatz in diesem Super-Wahljahr.

Foto: dpa

Bundeskanzler Helmut Kohl, die Union und die Koalition der Mitte sehen den Vertrauensbeweis der Wähler als Verpflichtung an, unsere Politik der gestaltenden Reformen, die wir in den zurückliegenden Jahren verfolgt haben, mit ganzer Kraft fortzusetzen. Wir wollen die innere Einheit unseres Landes vollenden; für dauerhaftes Wachstum und zukunftssichere Arbeit sorgen; die Familien und Alleinerziehenden stärken; unsere Umwelt lebenswert erhalten und weiterhin ein zuverlässiger Partner in Europa und in der Welt sein. Wenn wir alle in den nächsten vier Jahren diese Politik nachdrücklich verfolgen, werden wir gute Chancen haben, auch 1998 erfolgreich zu sein. ■

Ein großer persönlicher Triumph für Helmut Kohl

Die deutschen Wähler klopften Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Weise auf die Schulter, die einen großen persönlichen Triumph für den routinierten Politiker bedeutet. Der besteht darin, daß dieser Vollblutpolitiker nicht nur in die Geschichtsbücher als der Wiedervereinigungs-Kanzler eingehen wird, sondern auch die Möglichkeit bekommt, Nachkriegskanzler mit der längsten Amtszeit zu werden.

Jyllands-Posten (Kopenhagen)

Kohl hat die Geschicke Deutschlands unter ausgesprochen schwierigen Umständen geleitet. Es liegt auf der Hand, daß ein substantieller Teil der deutschen Wählerschaft es verstanden hat, seinen Wagemut auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung und seinen offenkundigen Aufstieg zur Führerschaft der Europäischen Union richtig einzuschätzen. **El Mundo (Madrid)**

Das deutsche Wahlergebnis hat auch weit über die Landesgrenzen hinaus Bedeutung. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung mit Unterstützung der Grünen hätte Zinsanstieg und gedämpfte Investitionslust genau in dem Augenblick bedeutet, da Europas größte und wichtigste Volkswirtschaft dabei ist, seine Kraft zurückzugewinnen. Auf längere Sicht ist wichtig, daß Kohl seine Arbeit innerhalb der EU fortsetzen kann. Unter seiner Führung hat Deutschland den Integrationsprozeß vorangetrieben, ohne auf größeres Mißtrauen zu stoßen.

Sydvenska Dagbladet (Stockholm)

Helmut Kohl ist es gelungen, sich das zu bewahren, was für ihn das Wesentliche ist: die Macht. Helmut Kohl hat allen Grund, sich diesen Sieg persönlich zuzuschreiben, da der Wahlkampf auf seine Person konzentriert war, auf seine Aura des Kanzlers der Einheit und sein internationales Gewicht. Die rechnerische Knappheit der neuen Mehrheit ist für den Kanzler nicht gefährlich. **Le Monde**

Der Ausgang der Wahlen zum 13. Deutschen Bundestag mag rein arithmetisch außerordentlich knapp ausgefallen sein — am neuerlichen Auftrag der Wählerschaft für die bisher regierende Koalition von CDU/CSU und FDP läßt sich dennoch nicht rütteln. Der SPD wäre nicht einmal mit der Duldung durch die PDS die Wende in Bonn gelungen — geschweige denn, daß sie es allein mit den Grünen geschafft hätte. Bundeskanzler Kohl, der den Wahlkampf der Koalition mit seinem unerschütterlichen Optimismus angetrieben hatte, darf die nun vierte Amtszeit seiner Regierung als persönlichen Erfolg feiern.

Neue Zürcher Zeitung

Auslands-Stimmen

Die Deutschen reagieren wie kein anderes Volk in Europa besonders feinfühlig auf Veränderungen in der wirtschaftlichen Lage. Im Ergebnis dessen sank die Zahl derer ab, die einen Wechsel der Regierung wünschten, und betrug am Vorabend der Wahlen 25 Prozent der Bevölkerung. **Iswestija (Moskau)**

Helmut Kohl hat die Experten also Lügen gestraft: alle diejenigen, die im Januar vorausgesagt hatten, daß er keine Chance habe, ein viertes Mandat zu erringen. Zu seinen unvergleichlichen Qualitäten des politischen Strategen hat Kohl ein Merkmal hinzugefügt, das allen großen Generälen eigen ist: Er hat Glück. **Le Figaro (Paris)**

Klaus Töpfer: Wir hatten auch kräftigen Rückenwind aus Bonn

Die CDU Saar hat ein sehr gutes Wahlergebnis erreicht. Wir haben 5,2 Prozent zugewonnen, die SPD hat 5 Prozent verloren. Sie hat damit die absolute Mehrheit der Stimmen verloren, aber noch nicht die absolute Mehrheit der Sitze. Das kommt nächstes Mal dran.

Wenn man nach den Ursachen für diese Entwicklung fragt, dann muß man auf drei Gründe ganz besonders hinweisen:

1. Die gesamtpolitische Situation in Deutschland: Die CDU Saar hatte keinen Gegenwind, sondern sie hatte kräftigen Rückenwind von der Bundespolitik. Der Bundeskanzler hat sich persönlich in diesem Wahlkampf engagiert. Wir hatten einen klaren Vorteil davon und auch aus der wirtschaftlichen und konjunkturellen Lage.

2. Die CDU Saar hat geschlossen für dieses Ergebnis gekämpft. Wir hatten keine internen Differenzen, und trotz des kurz vorangegangenen Kommunalwahl- und Europawahlkampfes sind wir mit großem Engagement dabei gewesen. Es ist — glaube ich — in einem so überschaubaren Land immer wieder wichtig, darauf hinzuweisen: Nach zehn Jahren absoluter Mehrheit der SPD ist durchaus die Besorgnis über Demotivation denkbar. Das Gegenteil ist eingetreten. Die CDU hat außerordentlich motiviert im kommunalen Bereich, im Landtag und auch auf Bundesebene zusammengearbeitet.

3. Der Versuch der SPD, einen reinen Lafontaine-Wahlkampf zu führen — mit dem bundespolitischen Aspekt: Lafontaine muß an die Bundeskasse, damit es dem Land wieder besser geht — hat nicht hinreichend mehr gezündet. Es zeigte sich sehr deutlich: Die SPD kann nur mit dem Hinweis auf Lafontaine auch im Saarland nicht mehr ihre bisherigen Ergebnisse erreichen.

Die Probleme, die wir im Wahlkampf angesprochen haben, waren die entscheidenden Probleme. In zehn Jahren Regierung Lafontaine ist das Saarland jährlich hinter der Wachstumsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland zurückgeblieben. Es fehlen Hunderttausend Arbeitsplätze. Das macht pro Jahr mehr aus als die Entschuldung, die durch die Bundesregierung erreicht wurde. Es fehlt eindeutig an einer Entwicklung des Mittelstandes und vieles mehr.

Viele Menschen sind in diesem Wahlkampf, den wir sehr dialog-orientiert geführt haben, zu uns gekommen und haben gesagt: Das ist alles schön und gut, aber unsere Tochter arbeitet in Trier oder in Stuttgart, es müssen wieder Arbeitsplätze im Land geschaffen werden.

Es ist ganz ohne jeden Zweifel deutlich geworden, daß die Regierung Lafontaine das Erscheinungsbild des Saarlandes massiv belastet hat. Die skandalbezogene Politik der SPD hat vielen klargemacht, daß es hier eine absolute Mehrheit nicht mehr geben dürfe.

Das ist zwar noch nicht erreicht, aber wir sind auf einem guten Wege.

Wir werden auf dieser Grundlage mit allem Nachdruck weiter daran arbeiten, daß auch das nächste Landtagswahlergebnis erneut 5,2 Prozent mehr für die CDU bringt. Dann wäre auch unser nächstes Ziel erreicht. ■

Berndt Seite: In der Gemeinsamkeit liegt eine Chance für das Land

Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern hat ein gutes Ergebnis eingefahren. Zwischen uns und dem Zweitplazierten liegt ein deutlicher Abstand. Ich bin stolz darauf, daß wir so erfolgreich gekämpft haben.

Vor zweieinhalb Jahren, als ich ins Amt gekommen bin, hatte uns keiner so etwas zugetraut. Vor einem Jahr lagen wir bei 17 Prozent. Wir konnten uns also Stück für Stück steigern. Wir haben 30 Mandate errungen, davon 28 direkt. Wir haben einen fairen sachlichen Wahlkampf geführt — ohne Schmähungen. Polarisiert haben wir gegenüber der PDS. Aber das war auch notwendig.

Wir haben große Hilfe aus Bonn erfahren — besonders durch den Bundeskanzler, der sich wie auch andere Minister vehement und intensiv für Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt hat. Dafür danke ich ganz herzlich.

Ich muß auch deutlich sagen, daß die SPD ihre proklamierten Wahlziele in Mecklenburg-Vorpommern nicht erreicht hat. Sie wollte stärkste Partei werden. Das ist sie nicht geworden. Sie wollte ein rot-grünes Bündnis. Das ist nicht eingetreten. Ein Magdeburger Modell gibt es nicht. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben der CDU und mir zugebilligt, die Führerschaft in der Regierung wieder anzustreben. Dies wollen wir auch.

Ich bin auch der Mann, der die Gräben überbrücken kann, die sich in den letzten vier Jahren zwischen den beiden großen Volksparteien aufgetan haben. Ich will das auch tun.

Im Interesse des Landes ist das äußerst wichtig, weil wir uns in einer schwierigen Zeit befinden. Der Aufbau muß weitergehen, und da geht es nicht um persönliche Empfindlichkeiten.

Ich weiß, daß in der Sozialdemokratie eine große Diskussion einsetzen wird, ob es richtig war, sich so vorab mit der PDS festzulegen. Ich hoffe, daß die Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern in der Gemeinsamkeit eine Chance für das Land sehen. ■

Das Aufschwung-Klima verträgt keinen Stillstand

Der Nebel in einigen Köpfen muß sich jetzt schnell lichten. Danach wird hoffentlich klar, daß eine große Koalition auch eine große Chance sein kann für die riesigen Aufgaben, die im Land zu bewältigen sind. Da müssen Unverträglichkeiten der Partner hintenanstehen, um das Land weiter nach vorn zu bringen. Das Aufschwungklima verträgt keinen politischen Stillstand, wie ihn viele von einer großen Koalition befürchten. Es gibt genug zu tun, worauf sich CDU und SPD ganz schnell verständigen müssen. Vor allem aber müssen sie darauf achten, daß sie der populistischen PDS-Alleinopposition keine Chancen geben, die Demokraten auseinanderzudividieren und vorzuführen, was für eine Last das mit dieser noch wenig geliebten Demokratie doch sei. Dieses Wahlergebnis bürdet SPD und CDU mehr demokratische Verantwortung auf als zuvor.

Norddeutscher Rundfunk

Bernhard Vogel: Wir haben allen Grund zur Zufriedenheit

Wir hatten uns in Thüringen drei Ziele gesetzt. Wir wollten, daß die Union stärkste Partei würde. Wir wollten das Kommunal- und Europawahlergebnis vom Juni deutlich steigern. Und wir wollten die Führung beim weiteren Aufbau Thüringens für die Union sichern. Wir sind stolz darauf, daß die Thüringer CDU das erreicht hat.

Wir haben 42,6 Prozent, die Sozialdemokraten haben 29,6 Prozent, die PDS hat 16,6. Das heißt: Wir liegen um 13 Prozent vor der SPD. Wir sind angesichts der Ausgangslage und der Kürze der Zeit, die wir hatten, sehr zufrieden. Diejenigen, die uns gestern um 18 Uhr das Ergebnis nahezu exakt vorhergesagt haben, haben uns im Juli letzten Jahres 24 Prozent gegeben und den Sozialdemokraten 41.

Gute Arbeit mit der FDP

Wir bedauern, daß unser Koalitionspartner den Landtag nicht wieder erreicht hat, und ich stehe nicht an, auch heute wieder zu sagen: Die Zusammenarbeit mit der FDP in den letzten vier Jahren in Thüringen war gut. Daß sie ihr Ziel nicht erreicht hat, liegt an der gesamten Zustimmung für die FDP in den neuen Ländern und ist nicht das Spezialverschulden der FDP in Thüringen.

Gespräche mit der SPD

Ich werde heute nachmittag meinen Parteigremien in Thüringen vorschlagen, daß wir die Sozialdemokraten zu einem Gespräch einladen. Denn ich halte es angesichts der Wählerentscheidung für richtig, über eine Zusammenarbeit in der Landesregierung zu diskutieren.

Auch ich möchte mich ausdrücklich für die Hilfe bedanken, die wir vom Parteivorsitzenden, von vielen Mitgliedern der Bundesregierung, von den Kollegen Ministerpräsidenten und vielen anderen gefunden haben.

Daß wir jetzt die zweitstärkste CDU in einem deutschen Bundesland sind, erfüllt uns in der Mitte Deutschlands natürlich mit großer Freude.

Bernhard Vogel außerordentlich positiv beurteilt

Profitiert hat die CDU in Thüringen, die durch das Scheitern von FDP und Grüne nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze verfehlte, von der außerordentlich positiven Beurteilung ihres Ministerpräsidenten.

Nur 29 % für Schuchardt

Er liegt vor allem auch klar vor seinem Herausforderer Gerd Schuchardt. Dementsprechend plädieren auch 48 Prozent der Thüringer für Vogel als zukünftigen Ministerpräsidenten und nur 29 Prozent für Schuchardt. Auch in Thüringen, wo sich 41 Prozent der SPD-Wähler für eine rot-grüne Koalition ausgesprochen hatten, sind gleichviele (15 Prozent) für eine Koalition ihrer Partei mit der CDU bzw. PDS.

Aus der Wahlanalyse der Forschungsgruppe Wahlen

Fünfzehn junge Unionsabgeordnete im Bundestag ein großer Erfolg

Nach dem Erfolg der Koalition aus CDU/CSU und FDP bei den Bundestagswahlen werden 15 CDU/CSU-Abgeordnete unter 35 Jahren in den neuen Bundestag einziehen. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Hermann Gröhe, erklärte dazu in Bonn:

Der Einzug von 15 jungen Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ist ein großer Erfolg der Arbeit der Jungen Union und der Beweis für die Fähigkeit der CDU/CSU, sich in der Regierung fortwährend zu erneuern. Die Union setzt auf junge Leute und beteiligt sie an der Verantwortung — dies ist ein wichtiges Signal gegen die Parteiverdrossenheit unter Jugendlichen.

Bereits in der letzten Legislaturperiode hat sich der Zusammenschluß der Unionsabgeordneten unter 35 Jahren zu einer Jungen Gruppe in der CDU/CSU-Fraktion bewährt. Die Junge Gruppe hat bei den Themen Menschenrechte, Jugend-, Bildungs- und Umweltpolitik wichtige Positionsbestimmungen in der Unionsfraktion erreicht.

Die neuen Abgeordneten unter 35 sind bereits am Dienstag in Bonn zusammengekommen, um darüber zu beraten, wie wir auf der Grundlage der Erfolge aus der letzten Legislaturperiode weiter zusammenarbeiten. Ich denke, daß es auch in den nächsten vier Jahren wieder eine erfolgreiche und gut zusammenarbeitende Junge Gruppe geben wird, die in der Union junge Politik vertritt.

Dabei wollen wir notwendige Diskussionen anstoßen. Knappe Mehrheiten verbieten keine Diskussionen, sondern verlangen nach ehrlichen Analysen und Anstrengungen, den Vorsprung wieder auszubauen. Gemeinsam erarbeitete Geschlossenheit, die weiter trägt als verordnete Geschlossenheit, ist unser Ziel offener Debatten. ■

Deutschlandtag der Jungen Union in Berlin

Vom 4. bis 6. November findet in Berlin der Deutschlandtag der Jungen Union statt. Wenige Wochen nach der Bundestagswahl und wenige Wochen vor dem CDU-Bundesparteitag wird die Junge Union kritisch Bilanz ziehen und die Weichen für die vor uns liegenden Herausforderungen stellen.

Es sind spannende Diskussionen mit hochrangigen politischen Gästen zu erwarten. In drei Foren soll über die Zukunft der CDU/CSU und über notwendige Veränderungen in der Politik diskutiert werden. In Fortsetzung einer guten Tradition wird am Sonntag auch der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl als Diskussionsgast auf dem Deutschlandtag begrüßt werden können.

Außerdem steht die Wahl eines neuen Bundesvorstandes und eines neuen Bundesvorsitzenden auf dem Programm. Der bisherige Vorsitzende Hermann Gröhe wird nach fünfjähriger Amtszeit nicht wieder kandidieren.

Beratungsdienste in den neuen Ländern

Rund 10.000 Beratungsdienste in den neuen Ländern umfaßt die vierte, wesentlich erweiterte gleichnamige Broschüre des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

Probleme mit den Kindern? Ärger mit dem Vermieter? Arbeitslos? Krank? — An wen kann man sich in diesen mißlichen Situationen wenden? Wer kann helfen? Um den Bürgern die erste Hürde in solcher und ähnlicher Lage aus dem Weg zu räumen, hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine Broschüre mit Anschriften von Anlaufstellen zusammengestellt, unter denen die Betroffenen Ansprechpartner finden können. Es handelt sich dabei um Beratungsstellen von Wohlfahrtsverbänden, Initiativen, Stadt- oder Kreisbehörden, Gerichten, Schlichtungsstellen u.a.m.

Als schnelle Hilfe gedacht

Die Sammlung ist als Orientierung und schnelle Hilfe gedacht. Sie soll aber auch Mut machen, zeigt sie doch, daß für eine Vielzahl von Problemen mannigfaltigste Hilfsangebote bereitstehen.

Die Freiheiten des sozialen Rechtsstaates verwirklichen sich nicht zuletzt durch die Bereitschaft zur Information. Gerade im Zusammenhang mit der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ist Menschlichkeit und Verständnis im Umgang miteinander unerläßlich. Dazu gehört auch der Wille, sich beraten zu lassen.

Stand vom Sommer 1994

Die vierte Auflage der Broschüre wurde notwendig, weil sich die Zahl der Beratungsstellen in nur einem Jahr von 8.000 auf 10.000 vergrößert hat. Bei der ersten Auflage 1991 waren es erst etwa 2.400 Anschriften. Die Broschüre basiert auf den Meldungen der Beratungsstellen und gibt den Stand vom Sommer 1994 wieder.

Die Broschüre „Beratungsdienste in den neuen Ländern" kann kostenlos beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 53105 Bonn, Telefon: 0228/208-0, Fax: 0228/208-2555 oder bei der Außenstelle Berlin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Mohrenstraße 36/37 10117 Berlin, Telefon: 030/23140-0, Fax: 030/23140-365, bezogen werden.

Frischluft-Seminar über Ausbildungschancen

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. veranstaltet am 12. November 1994 in Dresden ein Kooperationsseminar mit der Jungen Arbeitnehmerschaft JA zum Thema „Junge Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern". Im Programm sind Referate wie z.B. „Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern" oder „Ausbildungschancen in den alten und neuen Ländern im Vergleich" vorgesehen. Informationen und Programme sind erhältlich bei: Frischluft e.V., Annaberger Str. 283, 53175 Bonn, Tel.: 0228/310023, Fax: 0228/314703.

Die Wiedervereinigung hat eine andere Wählerschaft hervorgebracht

Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 1994 und dessen wesentliche Bestimmungsgründe

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat auch die zweite gesamtdeutsche Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 gewonnen — diesmal aber mit knapperer Mehrheit als bei der Bundestagswahl 1990. Die Regierungsparteien erhielten zusammen 48,4 Prozent der Zweitstimmen.

Gemeinsam halten sie künftig 341 Sitze und haben damit 10 Sitze mehr als die Oppositionsparteien. Untypisch ist bei diesem Wahlergebnis, daß die Anzahl der Überhangmandate außergewöhnlich groß ist und letztlich für stabile Mehrheitsverhältnisse gesorgt hat. Durch 16 Überhangmandate vergrößert sich der Bundestag über seine Normalstärke von 656 Mandaten hinaus auf 672. Das bedeutet gegenüber 1990 eine Steigerung von 10 Mandaten. Die CDU erreichte 12 Überhangmandate, die SPD errang nur 4.

Von den knapp 60,4 Mio. Wahlberechtigten gaben ca. 47,7 Mio. ihre Stimme ab. Die daraus resultierende Wahlbeteiligungsrate von 79,1 Prozent liegt damit um 1,3 Prozentpunkte höher als bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl von 1990.

Die Unionsparteien gingen aus der Wahl als die mit Abstand stärkste Partei hervor. Sie kamen auf 41,5 Prozent der Zweitstimmen (CDU: 34,2 Prozent; CSU: 7,3 Prozent). Gegenüber der Bundestagswahl von 1990 verloren sie damit 2,3 Prozentpunkte. Diese Verluste gehen ausschließlich auf das Konto der CDU, die 2,5 Punkte verlor. Die CSU gewann dagegen 0,2 Punkte. Insgesamt mobilisierten die Unionsparteien 19,5 Mio. Wähler. Das sind 841 Tausend weniger als bei der Vorwahl. Die Union wird künftig mit 294 Sitzen (- 25) im Bundestag vertreten sein. Davon entfallen auf die CDU 244 und auf die CSU 50 Sitze.

Die SPD gewann zwar Stimmenanteile hinzu, ist mit einem Rückstand von 5 Prozentpunkten hinter der Union aber nach wie vor zweitstärkste Partei. Sie erhielt 36,4 Prozent der Zweitstimmen (= 17,1 Mio. Stimmen) und konnte damit gegenüber 1990 einen Zuwachs von 2,9 Prozentpunkten (= 1,6 Mio.) erzielen. Im neuen Bundestag wird sie mit 252 Mandaten (+ 13) vertreten sein.

Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung

Bündnis 90/Die Grünen hatten diesmal keine Schwierigkeiten mit der Fünfprozenthürde. Sie konnten durch ein gutes Ergebnis in Westdeutschland sogar die FDP überholen und sind jetzt mit knappem Abstand vor ihr drittstärkste politische Kraft. Ihr Anteil von 7,3 Prozent (= 3,4 Mio. Zweitstimmen) liegt um 2,2 Prozentpunkte (= 1,1 Mio.) über ihrem Ergebnis von 1990. Im Bundestag werden sie künftig mit 49 Mandaten (+ 41) vertreten sein.

Die FDP konnte sich aus dem Tief der letzten Landtagswahlen und der Europawahl dieses Jahres befreien und kam ebenfalls glatt über die Fünfprozenthürde. Mit einem Zweitstimmenanteil von 6,9 Prozent (= 3,3 Mio.) konnte sie ihr sehr gutes Ergebnis der Vorwahl (11 Prozent) allerdings bei weitem nicht halten. Mit einem Minus von 4,1 Prozentpunkten (= 1,9 Mio. Stimmen) ist sie vielmehr der größte Verlierer der Wahl. Sie entsendet künftig nur noch 47 Abgeordnete (- 32) in den Bundestag.

Die PDS überwand die Sperrklausel durch den Gewinn von vier der fünf Ost-Berliner Direktmandate (Stefan Heym im Wahlkreis 249, Berlin Mitte/Prenzlauer Berg: 40,6 Prozent; Christa Luft, 258, Friedrichsain/Lichtenberg: 44,4 Prozent; Gregor Gysi, Marzahn/Hellersdorf: 48,9 Prozent und Manfred Müller, 261, Treptow/Köpenick: 36,8 Prozent). Sie hat mit ihrem Zweitstimmenanteil von 4,4 Prozent (= 2,1 Mio.) einen Zuwachs von 2,0 Prozentpunkten und 937 Tausend Stimmen. Da ihr Stimmenanteil voll in die Berechnung der Mandate eingeht, erhält sie 30 Sitze und erzielt damit einen Zuwachs von 13 Mandaten.

Wie bei den bisherigen Wahlen dieses Jahres hatten rechtsradikale Parteien auch bei dieser Bundestagswahl kaum eine Chance. Als einzige Partei mit erwähnenswertem Anteil erreichten die REP 1,9 Prozent der Zweitstimmen (= 875 Tsd.). Im Vergleich zur Bundestagswahl 1990 verloren sie 0,3 Prozentpunkte (112 Tsd. Stimmen).

Auf alle anderen Parteien entfallen zusammen 1,7 Prozent der Stimmen. Unter ihnen erreichten nur die Grauen 0,5 Prozent (= 238 Tsd.). Die übrigen Parteien blieben alle unter 0,5 Prozent und damit unterhalb der Marge für Wahlkampfkostenerstattung.

Erststimmenergebnis noch nicht vorgelegt

Über Umfang und Ausmaß des Stimmensplittings können zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussagen gemacht werden, da das Erststimmenergebnis nicht vorgelegt wurde. Die große Anzahl der Überhangmandate deutet jedoch darauf hin, daß vom Splitting bei dieser Wahl von den Anhängern der Koalitionsparteien in besonders großem Umfang Gebrauch gemacht wurde.

Zwischen West- und Ostdeutschland ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede in den Parteistärken. In Ostdeutschland (neue Bundesländer und Gesamt-Berlin) erzielte vor allem die PDS hohe Anteile. Während sie hier auf 17,6 Prozent kam, erreichte sie im alten Wahlgebiet der Bundesrepublik nur 0,9 Prozent. Sie ist damit weiterhin eine ostdeutsche Regionalpartei. Dies geht im Osten vor allem zu Lasten der SPD, die hier nur auf 31,9 Prozent kam, während sie in Westdeutschland 37,6 Prozent erzielte. Auch Bündnis 90/Die Grünen und die FDP erzielten im Osten wesentlich niedrigere Stimmenanteile als im Westen. Die FDP blieb mit 4,0 Prozent sogar unter der Fünfprozenthürde. Die einzige Partei, die in West- wie in Ostdeutschland fast gleichermaßen verankert ist, ist die Union. Entgegen früheren, durch Meinungsforschungsergebnisse gestützten Vermutungen, erzielte sie in Ostdeutschland mit 38,5 Prozent einen nur unwesentlich geringeren Anteil als in Westdeutschland (42,2 Prozent).

Eine Bewertung des Wahlergebnisses im längerfristigen Trend ist absolet geworden, da die gesamtdeutschen Bundestagswahlen nicht mehr nach den überkommenen Maßstäben der alten Bundesrepublik gesehen werden können. Die Vereinigung hat eine andere Wählerschaft hervorge-

bracht, die aufgrund veränderter Problemlagen entscheidet, und hat — damit teilweise verbunden — außerdem für die Parteien eine andersartige Ausgangssituation geschaffen. Unter diesen veränderten Bedingungen ist insbesondere für die großen Volksparteien das Niveau, das sie noch in den 70er und 80er Jahren erzielten, heute kaum mehr zu erreichen.

Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

1. Die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Regierungskoalition hat auch die zweite gesamtdeutsche Wahl gewonnen. Die Wähler wollten den Wechsel nicht. Die Besonderheiten des Wahlsystems ließen die Regierungsmehrheit jedoch knapper ausfallen. Die Union ist im gesamten Bundesgebiet die mit Abstand stärkste Partei geblieben; die Regierungskoalition liegt mit rund 5 Prozent vor einem rot-grünen Koalitionsbündnis.

2. Der erneute Sieg der Koalition, insbesondere der Wiedereinzug der FDP in den Bundestag, ist maßgeblich Bundeskanzler Helmut Kohl zu verdanken. Das Vertrauen in die Regierungskompetenz des Kanzlers war größer als in die seines Herausforderers. Seine Fähigkeit, eine Regierung zu führen oder die Interessen Deutschlands durchzusetzen, wurden weit besser eingeschätzt als die des Oppositionskandidaten. In der Kanzlerfrage führte Kohl kurz vor der Wahl mit 49:44 Prozent vor Scharping. Bei der eigenen Anhängerschaft genoß er mehr Sympathie als der Herausforderer bei seiner. Auch stand die Union geschlossener hinter ihrem Kandidaten als die SPD hinter dem Herausforderer.

Die Union konnte sich nach vier Jahren äußerst schwieriger Regierungsarbeit als stärkste deutsche Partei behaupten. Sie profitierte dabei vor allem von dem bemerkenswerten allgemeinen Stimmungsumschwung und dem wachsenden wirtschaftlichen Zukunftsoptimismus seit Frühjahr 1994. Eine Mehrheit der Bürger in den neuen Ländern empfand ihre Erwartungen an die Einheit erfüllt, auch wenn sie in Fragen sozialer Sicherheit noch Defizite sah. Durchschlagendes Motiv bei den Unionswählern in Ost und West war, den Aufschwung zu sichern und deshalb die Partei mit der größten Wirtschaftskompetenz zu wählen. Die Union hat laut infas vor allem Stimmen (in einer Größenordnung von rund 650.000) an die SPD abgegeben, hat aber auch an das Nichtwählerlager mehr als eine halbe Million Stimmen verloren. Hinzugewonnen hat die Union von bisherigen FDP-Wählern ebenfalls in einer Größenordnung von ca. 500.000.

Ihre höchsten Wähleranteile hatten CDU/CSU im Westen bei den über 45jährigen. Hier liegt sie mit deutlichem Abstand vor der SPD. Ebenso erreichten die Unionsparteien im Westen bei Katholiken überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile, im Osten generell bei Wählern, die einer Konfession angehören.

3. Die SPD hat ihr Wahlziel, den Regierungswechsel herbeizuführen, verfehlt. Sie profitierte allerdings von dem vorherrschenden Thema Arbeitslosigkeit, bei dem sie im Vorfeld der Wahl einen Kompetenzvorsprung hatte. Sie rangierte auch in der Sympathieeinschätzung knapp vor der Union. Schließlich bewertete der Wähler in der jüngsten Zeit die Arbeit der Opposition wieder mehrheitlich als zufriedenstellend. In der Kanzlerfrage verringerte sich der Vorsprung Kohls vor Scharping in den letzten Wochen vor der Wahl. Dies alles dürfte zu dem bescheidenen Zuwachs der Sozialdemokraten geführt haben, der in den neuen Ländern aufgrund des Themas Arbeitslosigkeit etwas deutlicher ausge-

fallen ist. Entscheidend für das Abschneiden der SPD war, daß die Aussicht einer rot-grünen Koalition mit PDS-Duldung von drei Vierteln der Wähler im Westen nachhaltig abgelehnt wurde. Auch die überwiegende Mehrheit (56 Prozent) im Osten wollte diese Option nicht. Die SPD hat in erster Linie von bisherigen Unionswählern profitiert. Sie hat aber auch von der FDP und von B 90/Grüne beträchtlichen Zulauf gehabt. Umgekehrt verlor die SPD Wähler an die PDS und an B 90/Grüne. In den Altersgruppen zwischen 25 und 44 Jahren ist die SPD im Westen stärkste Partei, im Osten hingegen die CDU. Protestanten wählten im Westen zumeist SPD.

4. Die Freien Demokraten wurden in ihrer bundespolitischen Funktion bestätigt. Aus eigener Kraft schafften sie den Wiedereinzug in das Parlament jedoch nicht. Sie profitierten in erster Linie von der Arbeit der Regierung Kohl und der Bereitschaft vieler Unionswähler, mit ihrer Zweitstimme für die FDP den Fortbestand der Koalition zu sichern. Die Tatsache, daß sie in keiner der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen den Wiedereinzug in die Länderparlamente schaffte, unterstreicht dies. Die FDP wurde von ihren Wählern kritisch beurteilt. FDP-Anhänger waren mit der Regierungsarbeit der Union zufriedener als mit der der eigenen Partei und empfanden die Union als die mit Abstand sympathischste Partei. Die FDP hat (laut infas) gleichermaßen an SPD und CDU/CSU verloren, in geringerem Maße auch an B 90/Grüne.

5. Der Wiedereinzug von Bündnis 90/Grüne ist im Gegensatz zur Vorwahl diesmal vor allem auf das bessere Abschneiden der Partei im Westen der Bundesrepublik zurückzuführen. Hier konnte sie ihr Stammwählerpotential voll mobilisieren. Im Osten hat das Zusammengehen der Bürgerbewegung B 90 mit „West-Grünen" offenbar nicht zu einer Schärfung des politischen Profils und zur Verbreiterung der Wählerbasis geführt. Fünf Jahre nach der Wiedervereinigung muß B 90/Grüne ein neues Selbstverständnis finden. Die Kompetenz der Grünen in Umweltfragen zieht im Osten, wo diese einen geringeren Stellenwert haben, schwächer. Ein weiterer Faktor für das schlechte Abschneiden im Osten dürfte gewesen sein, daß die ehemalige Bürgerbewegung in der Frage einer Zusammenarbeit mit der PDS gespalten war. Ihren stärksten Rückhalt hatten B 90/Grüne bei den jüngeren Wählern, doch ist auch ihr Anteil in den mittleren Altersgruppen (ab 35) überdurchschnittlich hoch.

6. Der Erfolg der PDS wurde durch den Gewinn von vier Direktmandaten bestimmt. In den gewonnenen Wahlkreisen sind überwiegend die Priviligierten und Nutznießer des alten SED-Regimes zuhause. Gleichwohl darf man nicht verkennen, daß es der PDS über die Instrumentalisierung sogenannter ostdeutscher Interessen gelungen ist, nicht nur ihr hoch motiviertes Milieu zu mobilisieren, sondern auch spezifisch ostdeutschen Protest aus unterschiedlichen Gründen zu bündeln. Doch so sehr sich unterschiedliche Wählermotive auch analytisch trennen lassen, so sehr dürften sie im konkreten Votum für die PDS häufig untrennbare Verbindungen eingehen. Dies aber würde bedeuten, daß sich das PDS-Potential auf begrenztem Niveau stabilisieren könnte und von anderen Parteien nur eingeschränkt ansprechbar und integrierbar wäre. Die Altersstruktur der PDS-Wähler ist weitgehend ausgeglichen, von den jüngsten und ältesten Altersgruppen wird sie nur unterproportional häufig gewählt.

7. Der Anteil der Splitterparteien war bei dieser Bundestagswahl außerordent-

lich niedrig. Hierzu dürfte die starke Polarisierung und Personalisierung im Wahlkampf wesentlich beigetragen haben. Insbesondere hat aber auch die offensive Auseinandersetzung der Union mit den Rechtsradikalen diese an den Rand gedrückt.

8. Die Ergebnisse der zweiten gesamtdeutschen Wahl machen endgültig deutlich, daß die Bundestagswahlen nach der Einheit nicht mehr in der Kontinuität früherer Bundestagswahlen gesehen und beurteilt werden können. Die Vergleiche mit dem Wahlverhalten und dem Abschneiden der Parteien in der alten Bundesrepublik führen in die Irre. Die wählersoziologischen Grundlagen des Parteiensystems haben sich tiefgreifend verändert. Mit der PDS hat sich in Ostdeutschland eine Mittelpartei zu etablieren begonnen, die Chancen hat, im Umfeld von SPD und B 90/Grüne auch in Westdeutschland ihre Anhängerschaft zu verbreitern. B 90/Grüne verlagern sich nach Westen. Die FDP bleibt im Osten unter fünf Prozent und verliert zunehmend ihre Länderbasis. In den ostdeutschen Landesparlamenten ist sie, außer in Berlin, nicht mehr vertreten, in Westdeutschland nur noch in sechs Landesparlamenten, davon in zwei Fällen in Regierungskoalitionen mit der SPD beziehungsweise SPD und B 90/Grüne.

Deutsches Parteiensystem in Bewegung

Das gesamtdeutsche Parteiensystem befindet sich stärker in Bewegung, als es der plebiszitäre Charakter der ersten gesamtdeutschen Wahl zunächst erkennen ließ. Vor diesem Hintergrund ist es um so bemerkenswerter, daß die Wähleranteile beider Volksparteien zusammengenommen sich gegenüber der Vorwahl stabilisiert haben (0,5 Prozent). Vereinigten beide 1990 77,3 Prozent auf sich, so waren es 1994 77,8 Prozent.

CDU stärkste Partei in Niedersachsen

„Das Wahlergebnis vom Sonntag hätte bei einer Landtagswahl in Niedersachsen zum Regierungswechsel geführt", mit diesen Worten kommentierte der CDU-Landesvorsitzende Christian Wulff das Ergebnis von 49,0 Prozent für CDU/FDP und 47,7 Prozent für SPD und Grüne aus seiner Sicht.

Die CDU sei wie bei der Europawahl im Juni erneut stärkste Partei in Niedersachsen geworden und habe damit ihr erklärtes Wahlziel erreicht; Gerhard Schröder habe allen Erklärungen zum Trotz selbst mit SPD und Grünen keine Mehrheit mehr in Niedersachsen.

Das Ergebnis gibt der CDU auch Anlaß zur Selbstkritik. Wenn auch die Mehrheit der Wahlkreise gewonnen worden sei, habe es den Verlust von drei Direktmandaten gegeben. Die CDU müsse den Weg der Erneuerung von Partei und Gesellschaft daher konsequent weitergehen, um bei Arbeitnehmern, Frauen und jungen Menschen attraktiver zu werden.

Die CDU halte an ihrer Forderung gegenüber der SPD nach klarer Abgrenzung zur PDS fest. Die Äußerungen führender Sozialdemokraten in der Wahlnacht ließen jedes Taktgefühl vermissen, wenn vom linken Lager gesprochen werde.

Mehr Anerkennung von Selbsthilfe und Arbeit in Jugendverbänden

Der Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands hat ein Programm zur Förderung des Ehrenamtes beschlossen. Bundesvorsitzender Hermann Gröhe erläuterte die Forderungen des CDU/CSU-Jugendverbandes:

Viele wichtige soziale Leistungen werden in unserer Gesellschaft ehrenamtlich erbracht. Die Arbeit von Verbänden und Institutionen wäre ohne diesen umfangreichen Einsatz engagierter Menschen undenkbar. Rund 240 Millionen Stunden werden in Deutschland jährlich ehrenamtlich geleistet, die einen Wert von ca. 20 Milliarden DM haben. Würde man die in Deutschland ehrenamtlich geleistete Arbeit durch professionelle Arbeit ersetzen wollen, wäre die Kostenexplosion, vor allem im Pflegebereich oder bei den Finanzen der politischen Parteien und Jugendverbände, nicht abzufangen.

Gleichzeitig beklagen vor allem Jugendverbände einen zunehmenden Rückgang ehrenamtlichen Engagements. Es wird für sie immer schwerer, Jugendliche in ausreichender Zahl für die ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen. Die Gründe hierfür liegen auch in der fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit. Wir wollen uns für das „Ehrenamt" stark machen und fordern:

Die Verantwortlichen in den Personalabteilungen der Wirtschaft sollen der sozialen Kompetenz der Bewerber, die sich ehrenamtlich engagieren, einen höheren Stellenwert bei der Auswahl des Führungsnachwuchses zuzumessen.

Grundlage der Förderung von Jugendverbänden muß eine ausreichende globale Förderung sein, die durch Projektförderung ergänzt wird. Diese Globalförderung darf aber nicht so knapp bemessen sein, daß sich die Verbände zur Existenzsicherung von Projektförderung zu Projektförderung „hangeln" müssen.

Jugendverbände müssen in die Lage versetzt werden, ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstehende Kosten zu erstatten. Außerdem sollten ehrenamtlich Tätige die Möglichkeit haben, einen Betrag von 2.400 DM als Freibetrag ohne Nachweis steuerlich geltend zu machen.

Die Junge Union fordert eine Straffung und Vereinfachung der Zuschußverfahren für Jugendarbeit in den Ländern und Kommunen. Ziel muß sein, für die Verbände und Zuschußempfänger mehr Flexibilität und Spontanität bei der Planung von Veranstaltungen zu ermöglichen. Vorbildlich ist die Vereinfachung der Abrechnungspraxis durch das Bundesministerium für Frauen und Jugend.

Kostenlose Kartenkontingente

Im kommunalen Bereich sollte die ehrenamtliche Tätigkeit stärkere Unterstützung finden. Wo möglich, sollte beispielsweise ein Großkundenabonnement zur Nutzung öffentlicher Nahverkehrsmittel eingeführt werden. Wir fordern die kommunal Verantwortlichen auf, z.B. ehrenamtliche Mitarbeiter der Jugendverbände zu Veranstaltungen einzuladen und dort ihre Leistung zu würdigen. Für öffentliche Veranstaltungen sollen den Stadtjugendringen kostenlose Kartenkontingente zur Verfügung gestellt werden.

Wichtig ist aber vor allem, in der Öffentlichkeit stärker für die Bedeutung des Ehrenamtes zu werben. Auch die Medien müssen hier noch ein gutes Stück mehr tun.

Investivlohn-Initiative des Kanzlers inhaltlich und zeitlich richtig

Alle, die sich redlich um neue Wege in der Tarifpolitik bemühen, können über die Tatsache nur Genugtuung empfinden, daß sich nun der Kanzler selbst für das Vorhaben der Einführung einer Tariflohnregelung stark machen will.

Nicht nur innerhalb der eigenen Partei, auch mit Gewerkschaften und Arbeitgebern haben wir nun seit beinahe 50 Jahren geredet und gestritten, um die Arbeitnehmer am Produktivkapital zu beteiligen.

Die Einführung eines Investivlohnes ist gerade zum jetzigen Zeitpunkt richtig und wichtig, benötigen wir doch dringend eine neue Säule wirtschaftlicher Stabilität, die gleichzeitig erheblich zur Zementierung des sozialen Friedens in unserem Lande beiträgt. Ich kann alle, die ernsthaft auf die soziale Marktwirtschaftsordnung setzen, nur beglückwünschen, wenn es nun gelingt, gerade in Zeiten des ökonomischen Umbruchs die Grundlagen unserer Wirtschaft zu stabilisieren und gleichzeitig die sozialen Komponenten weiter auszubauen.

Ich sehe in der Initiative des Bundeskanzlers die Garantie dafür, daß die jahrzehntelangen Bemühungen der Arbeitnehmergruppe, die Arbeitnehmer mit Produktivkapital auszustatten, kein Versuch bleiben wird. Ich kann mir auch vorstellen, daß alle diejenigen diese Initiative des Kanzlers mittragen werden, die die Notwendigkeit erkennen, daß der augenblicklich notwendigen Verstetigung des wirtschaftlichen Wachstums Rechnung getragen werden muß bei gleichzeitiger Honorierung von Leistung und Verantwortung der Arbeitnehmer.

Es ist jetzt Gebot der Stunde, eine entsprechende Regelung zu finden, damit möglichst viele der anstehenden Tariffindungsrunden noch von einer entsprechenden Regelung, die dank der Bemühungen in der Fraktion schon weit gediehen ist, profitieren können.

Von Heinz Adolf Hörsken, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mit Nachdruck appelliere ich an Gewerkschaften und Arbeitgeber, sich diesem notwendigen und sinnvollen Vorhaben nicht zu verweigern und die Einladung des Bundeskanzlers zur Konzertierung ohne ideologisch-antiquierte Scheuklappen anzunehmen.

CDU Hessen will Kanther als Ministerpräsidenten

Der Landesausschuß war sich einig: Bundesinnenminister Manfred Kanther soll hessischer Ministerpräsident werden. Das entschieden einstimmig die 200 Delegierten des höchsten Gremiums der CDU am 16. Oktober in Fernwald bei Gießen. Kanther soll Spitzenkandidat seiner Partei werden und sich um das Amt des Ministerpräsidenten bewerben, forderten sie ihn auf. Am 19. Februar sind Landtagswahlen.

Der Mittelstand schafft neue Arbeitsplätze

Eine stärker mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik hat die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) auf ihrem 38. Bundeskongreß in Magdeburg gefordert.

In der „Magdeburger Erklärung" sprach sich der Wirtschaftsflügel der Union unter anderem für eine Steuerpolitik aus, die die Eigenkapitaldecke der mittelständischen Unternehmen stärkt. Der deutsche Mittelstand sei auf bessere Rahmenbedingungen angewiesen.

Unter anderem drängt die MIT auf eine konsequente Deregulierung und Privatisierung auf allen staatlichen Ebenen, die Konsolidierung der Staatsfinanzen und den degressiven Abbau von Subventionen. Die Orientierung von Tarifsteigerungen an der Produktivität, Tariföffnungsklauseln und die Einführung von Kombilöhnen sollen die Lage auf dem Arbeitsmarkt entlasten und das Entstehen neuer Arbeitsplätze erleichtern.

Existenzgründer in den neuen Ländern müssen nach Auffassung der MIT mehr gefördert werden, um Chancengleichheit zwischen Ost und West herzustellen.Die öffentliche Auftragsvergabe in den neuen Ländern müsse zu Gunsten des Mittelstandes verbessert werden.

MIT-Bundesvorsitzender Klaus E. Bregger betonte, der Mittelstand habe wieder an Selbstbewußtsein gewonnen und gebe sich nicht länger mit seiner bescheidenen Rolle im Hintergrund zufrieden. Zu lange sei das Feld der Großindustrie, den Banken und anderen Wirtschaftsgiganten überlassen worden. Die Bedeutung des Mittelstandes, der auch in der Rezession kaum Mitarbeiter entlassen habe und für das Entstehen neuer Arbeitsplätze stehe, sei zu lange vernachlässigt worden.

Als vordringliche Aufgabe bezeichnete Bregger die Stärkung der Eigenkapitaldecke der Unternehmen. Erreicht werden könne dies über eine differenzierte Gewinnbesteuerung. Gewinne, die nicht aus den Unternehmen entnommen werden, sondern für Investitionen und so für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet werden, sollten nur noch mit 30 bis 35 Prozent besteuert werden.

Mehr Sparsamkeit

Die öffentliche Hand forderte Bregger zu einem strikten Sparkurs auf. Die Möglichkeiten der Privatisierung müßten endlich konsequent genutzt werden. Gefordert seien auch Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Sie hätten Vorbildfunktion beim Sparen und sollten deswegen den Bundestag auf 500 Abgeordnete verkleinern. Zudem sprach sich Bregger für die Verringerung der Zahl der Bundesländer aus.

Scharf kritisierte er die von der PDS tolerierte rot-grüne Landesregierung von Sachsen-Anhalt. Diese SPD-geführte Regierung habe die Altkommunisten wieder gesellschaftsfähig gemacht. Ausgerechnet diejenigen, die die Verantwortung für die sozialistische Mißwirtschaft trügen, versprächen jetzt das Heil. Rot-Grün und PDS ständen für Umverteilung und gegen Leistungsbereitschaft.

Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte den Mittelstand als Herz der sozialen

Marktwirtschaft. Die Unternehmensteuerreform wertete er als wichtigste Aufgabe bei der Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen. Der deutsche Mittelstand stehe für Leistungswillen, lebendigen Wettbewerb und Eigenverantwortung. Er sei ein wichtiger Pfeiler der freiheitlichen Gesellschaft.

Wirtschaftswachstum

Das Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft von real 8,9 Prozent im ersten Halbjahr 1994 pries Kohl als vorbildlich in Europa. Der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Ländern werde wesentlich vom Mittelstand mitgetragen. Ausdrücklich würdigte Kohl die Leistungen des Mittelstandes in den neuen Ländern, wo bereits hundertausende Unternehmen mehr als drei Millionen Menschen beschäftigten.

Kritik übte Kohl an der schleppenden Zahlungsmoral der öffentlichen Auftraggeber, die viele kleine und mittlere Unternehmen in Existenznot treibe.

Eine Bilanz der Leistungen der Bundesregierung für den Mittelstand und der Arbeit des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) gab dessen Vorsitzender, Hansjürgen Doss.

Stärkung des Wirtschaftsflügels

Die 600 Delegierten der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung bekräftigten ihre Absicht, die geplante Fusion mit der Wirtschaftsvereinigung abzuschließen. In den nächsten Wochen haben die Kreisverbände Gelegenheit die neue Satzung beider Vereinigungen zu beraten. Auf dem 39. Bundeskongreß am 31. März 1995 in Hannover soll die Fusion dann verabschiedet und so der Wirtschaftsflügel der Union gestärkt werden.

Referendum in Finnland Erfolg für ganz Europa

Als einen Erfolg für ganz Europa hat der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), Hans-Gert Pöttering das Ergebnis des Referendums in Finnland bezeichnet.

Der nun möglich werdende EU-Beitritt habe nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem außen- und sicherheitspolitische Bedeutung. Finnland, so der Europapolitiker, solle möglichst rasch in die sicherheits- und verteidigungspolitischen Strukturen von Europäischer Union und Westeuropäischer Union (WEU) hineinwachsen.

Mit der positiven Entscheidung Finnlands werde nunmehr auch die notwendige Annäherung der baltischen Staaten an die EU erleichtert. Es sei zu hoffen, so Pöttering, daß Schweden und Norwegen dem finnischen Beispiel folgen.

Historische Entscheidung

„Das finnische Volk hat eine historische Entscheidung getroffen." Mit diesen Worten kommentierte Außenhandelsminister Pertti Salolainen, der die Beitrittsverhandlungen in Brüssel geführt hatte, das finnische Referendum. Von Beobachtern wurde der Volksentscheid als die wichtigste historische Etappe des neutralen Landes seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1917 gewertet.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

6. Parteitag der CDU Deutschlands

Zum 6. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, nach Bonn eingeladen.

Der Parteitag findet am 28. November im Kongreßzentrum des Hotels Maritim statt.

Neben der Abgabe der satzungsgemäß erforderlichen Berichte, der Beratung und Beschlußfassung zum Grundsatzbeschluß zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU sowie der Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei steht im Mittelpunkt des Parteitags die Wahl des Bundesvorstands:

- Wahl des Vorsitzenden
- Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden
- Wahl der Bundesschatzmeisterin
- Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums
- Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstands und
- Wahl der Rechnungsprüfer.

Die Berichte sind die des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, der Bericht der Bundesschatzmeisterin, Brigitte Baumeister, der Bericht des Generalsekretärs Peter Hintze, der Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble und der Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche.

Wichtig:

Anträge für den 6. Parteitag der CDU Deutschlands in Bonn müssen bis zum 31. Oktober 1994, 24.00 Uhr in der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein.

UiD
34/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5307-189. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.